

VABB Vereinigung der Anstaltsvorsteher von Baselland und Baselstadt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Fachblatt für schweizerisches Anstaltswesen = Revue suisse des établissements hospitaliers**

Band (Jahr): **19 (1948)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

aufzubauen. Wir denken da an die Aufklärung der Lehrlinge in den Gewerbeschulen, an die Verteilung von Merkblättern an die Ausübenden in gefährdeten Berufen und ähnliches. Individuen, die nicht die nötige Charakterfestigkeit besitzen, um der Versuchung zu widerstehen, sollten solchen gefährdeten Berufen möglichst fern gehalten werden.

Für die zweite Gruppe der aus inneren Gründen Gefährdeten besteht in Zukunft die grosse Aufgabe, sie rechtzeitig aus der Masse heraus zu erkennen und zur Totalabstinenz, als der für sie einzigen Rettungsmöglichkeit, zu verpflichten.

Es ist klar, dass auch eine vorbildliche Organisation keine lückenlose Vorbeugung erreichen kann. Man wird daher auch immer Alkoholranke zu betreuen haben. Hier waltet die offene Fürsorge in Form der Fürsorgestellen für Alkoholgefährdete und -ranke und die geschlossene Fürsorge in Form der Heilstätten für Alkoholranke. Auch sie hat noch Zukunftsaufgaben zu lösen; es genügt nicht, dass nur in den Städten Fürsorgestellen existieren, solche wären auf dem Lande genau so nötig und imstande, Gutes zu stiften. Weiter muss die bereits begonnene Entwicklung, von

der Alkoholranken- zur Alkoholgefährdetenfürsorge überzugehen, gefördert werden. Die Schwierigkeiten, die einer Frühmeldung entgegenstehen, müssen auf irgend eine Weise überwunden werden. Was die Heilstätten für Alkoholranke anbetrifft, so muss dankbar anerkannt werden, dass sie eine grosse und fruchtbare Arbeit leisten und zu einer unentbehrlichen Institution im Kampfe gegen den Alkoholmissbrauch geworden sind. Sie werden auch weiterhin ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie geleitet vom Geiste der Nächstenliebe und befruchtet von der Erkenntnis der Wissenschaft ihre Arbeit fortsetzen. In diesem Zusammenhang wäre auch zu prüfen, ob nicht durch die Heranziehung von Psychoterapeuten die Behandlungsergebnisse noch weiter verbessert werden könnten und ob durch Einweisung noch nicht genügend Gefestigter in Uebergangsheime die Zahl der Rückfälligen vermindert werden könnte. Es ist zu hoffen, dass es dem von der Armendirektion des Kantons Bern eingesetzten freiwilligen Arbeitsausschuss zur Bekämpfung der Trunksucht gelingen wird, praktisch gangbare Wege aufzufinden.

Aus «Neue Wege in der Trunksuchtbekämpfung».

VABB

Vereinigung der Anstaltsvorsteher von Baselland und Baselstadt

Präsident: W. Musfeld, Anstalt zur Hoffnung, Riehen-Basel

Aktuar: A. Kern, Anstalt zur guten Herberge, Riehen-Basel

Versammlung vom 21. Januar.

Präsident Musfeld, Vorsteher der Anstalt zur Hoffnung, konnte zu Beginn eine grosse Zahl von Kolleginnen und Kollegen der Baselbieter und Basler Heime, von Gästen, Vertretern der Behörden und folgende Referenten begrüssen: Vorsteher E. Weber, Vormundschaftsbehörde Basel-Stadt, Dr. Oderbolz, Vorsteher der Allg. Armenpflege Basel-Stadt, Dr. Schweizer vom Armensekretariat in Liestal, H. Schaub, Armeninspektor in Liestal, W. Bourgnon, Sekretär der Vormundschaftsbehörde Basel-Stadt. Entschuldigt haben sich: Regierungsrat Dr. Mann (Basel-Land), Regierungsrat Dr. Peter (Basel-Stadt), Prof. Probst, Schulpsychologe, Dr. Wild, Hauptschularzt.

In kurzer Zeit waren Jahresbericht und Protokoll genehmigt, der persönliche Jahresbeitrag auf Fr. 3.— festgesetzt, die Ersatzwahl für den zurückgetretenen Aktuar A. Kern durch Wahl von A. Schneider, Vorsteher des Bürgerlichen Waisenhauses, getroffen. Ueber den Fortbildungskurs für Anstaltsleiter ist im Fachblatt bereits berichtet worden. Nach Erledigung dieser Geschäfte wurde von verschiedenen Seiten die

Frage der Kostgelder und Nebenauslagen beleuchtet:

Vorsteher E. Weber, Vormundschaftsbehörde, kam zu sprechen auf die Anforderungen, welche die versorgenden Behörden an die Anstalten stellen. Er verlangt von den Heimen mit Nachdruck, dass alles, was nach Zuchthaus, Gefängnis und Anstalt riecht, verschwinden sollte. Es ist vor allem scharf die noch bei einzelnen Armenpflegern verbreitete Ansicht zu bekämpfen, dass der Begriff «arm» = Lumpenpack zu setzen sei.

Jedes Kind hat Anspruch auf eine wohnliche und heimelige Atmosphäre. Deshalb muss um die notwendigen grossen finanziellen Mittel immer wieder gekämpft werden. Referent Weber ist der Meinung, kleinere Ausgaben seien in das Kostgeld einzukalkulieren. Für grössere Beträge erst soll rechtzeitig Kostengarantie nachgesucht werden.

Vorsteher E. Müller, Landheim Erlenhof, schildert das Verhältnis der Kosten zu Pflegegeld und Nebenauslagen. Er rechnet aus, wie hoch der Familie ein Jugendlicher, der eine Lehre absolviert, zu stehen kommt. Nach seiner Ansicht ist die Summe von Fr. 205.— heute nicht zu hoch gegriffen, stellt aber

nur das Existenzminimum dar. Die Bildung des Gemüts kann aber nicht ausser acht gelassen werden, und dies bedarf wieder vermehrter finanzieller Mittel. Herr Müller sieht im Umstand, dass die Nebenauslagen im Kostgeld einkalkuliert werden, die Gefahr, dass die Eltern der versorgten Jugendlichen daraus den Anspruch ableiten könnten, ihr Kind müsse dann eine wundervolle Aussteuer bei der Entlassung mitbekommen. Es sei unbedingt anzustreben, dass die Eltern ihr Möglichstes zur Finanzierung beitragen müssen.

Sekretär W. Bourgnon von der Vormundschaftsbehörde betont erneut aus seiner Fürsorgeerfahrung heraus die Wichtigkeit, dass in keinem Kind das Gefühl aufkommen darf, es sei nur eine Nummer. Heimleiter und Versorger dürfen nur ein Ziel haben: die Förderung des Kindes zur Lebenstüchtigkeit. Dazu aber braucht es manchmal Ausgaben, die nicht ganz selbstverständlich sind.

Dr. Oderbolz, Vorsteher der Allg. Armenpflege Basel-Stadt, führt aus, dass es viele Fälle gibt, die sehr arme Heimatgemeinden angehen. Was eine Armenbehörde leisten dürfe, sei das zum Leben Notwendige. Falsch sei es, einer Armenbehörde, die nicht zu allem ja sage, bösen Willen zuzumuten. Dr. Oderbolz gliedert die Nebenauslagen in: 1. Wäsche-, Kleider- und Schuhanschaffungen. Es sollte von Heimen angestrebt werden, zwei grössere Kostengarantien einzuholen, nämlich für die Ein- und Austrittsaussteuer. 2. Lehrmaterial und Werkzeuge. 3. Auslagen

für Hygiene. 4. Kulturbedürfnisse. Punkt 1—3 sind unbestritten. Punkt 4 aber wirkt für viele Armenbehörden wie ein rotes Tuch. Dr. Oderbolz fasst zusammen:

- a) Kleine Auslagen im Kostgeld einkalkulieren.
- b) Grössere Ausgaben spezifizieren und rechtzeitig Kostengutsprache verlangen.
- c) Nie etwas auf die Rechnung nehmen, wofür nicht Gutsprache eingeholt worden ist.

Vorsteher A. Schneider, Bürgerliches Waisenhaus, betont, es sei vor allem wichtig, dass der Versorger mit der bezahlenden Behörde den Kontakt suche, so dass mit der Zeit ein Vertrauensverhältnis entstehen kann. Es sei nicht überall selbstverständlich, dass bei kostspieligen Versorgungen die bezahlende Behörde begrüsst werde.

Dr. Schweizer, kantonaler Armensekretär in Liestal, führt aus, er werde das berechnete Gefühl nicht los, es kommen ob den so stark betonten materiellen Kulturbedürfnissen Herz und Geist zu kurz. Viele Armenpflegen haben eben eine noch einfachere, oft natürlichere Welt zu vertreten.

Armeninspektor H. Schaub in Liestal anerkennt warm die Verdienste der verschiedenen Heime und Anstalten und versteht ihre berechtigten Bedürfnisse.

In der kurzen Schlussdiskussion werden die drei von Dr. Oderbolz aufgestellten Sätze als grundsätzlich richtig anerkannt.

Pensionierung von Anstaltspersonal und Schweizer. Alters- u. Hinterbliebenenversicherung

Auf 1. Januar 1948 ist das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung in Kraft getreten. Dieses Gesetz hebt bestehende Pensionskassen und Pensionsverpflichtungen nicht auf. An manchen Orten, bei manchen Firmen und Gemeinden besteht die Neigung und die Versuchung, sich der finanziellen Verpflichtungen zu entziehen und die Pensionen auf die Leistungen der AHV zu beschränken. In Anstalten erhebt sich nun die Frage, ob die Betriebe Lebens- oder Rentenversicherungen für ihr Personal als zusätzliche Versicherungen abschliessen sollen und wie hoch der Betrag des Personals und der Betriebe festgesetzt werden soll und kann. Das sind Fragen, die in den regionalen Vereinigungen und im V. S. A. nächstens besprochen werden müssen. Ich rate von überstürzten Versicherungsabschlüssen ab und empfehle die Abklärung dieser Fragen abzuwarten.

Musfeld.

Wie stellen sich andere Kantonal-Vereinigungen zu diesen Fragen? — Die Redaktion erwartet gerne Meinungsäusserungen für die Märznummer.

Zum Titelbild

Evangel. Erziehungsanstalt Hochsteig, Wattwil. Die Hochsteig liegt auf aussichtsreicher Anhöhe, nahe dem Städtchen Lichtensteig (Toggenburg).

Zweck des Heimes ist die Erziehung und Schulung von Knaben, für die, wegen Verlust der Eltern oder wegen Verwahrlosung eine Heimversorgung nötig erscheint.

Fähigen Knaben steht der Besuch der Sekundarschule offen, ebenso die freie Berufswahl. Es besteht ein Lehrlingsfond.

Eine eigene Landwirtschaft ermöglicht weitgehende Selbstversorgung.

Die Gründung des Heimes fällt ins Jahr 1850. Im Jahre 1919 fiel das im schönen Toggenburgerstil gebaute Heim einer Feuersbrunst zum Opfer. Hausmutter Marie Anderegg-Messmer, die den schwächsten Pflegling retten wollte, erlitt dabei in selbstloser Pflichterfüllung mit dem Pflegling den Feuertod.

Die Hauseltern Anderegg wirkten als vorbildliche Hauseltern von 1878—1919. Seither ist der Schwiegersohn, K. Kägi, Vorsteher des Heimes.

Die Familie Anderegg hat auch in zweiter und dritter Generation dem Schweiz. Anstaltswesen tüchtige Hausmütter geschenkt:

† Marie Dick-Anderegg, Bilten;

† Frau Frieda Kägi-Anderegg, Hochsteig, und
Frau Klara Widmer, Langhalde, Abtwil.

Der V. S. A. wünscht dem Heim weiterhin gute Erziehungserfolge und Gottes Segen.

Joss.